

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abonnementpreis: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungsaussagen 6,00 Nr.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.

Abonnementpreis: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungsaussagen 6,00 Nr.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.

Abonnementpreis: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungsaussagen 6,00 Nr.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.
Kleinanzeigen: Die Spaltenkolonne über deren Raum 126 Nr. 12.

Elternbeiräte an den Schulen.

Alle Ortsgruppen und Kreisleitungen werden gebeten, die genauen Adressen der Vorsitzenden an den Bezirksvorstand sofort einzusenden.

Wie Stimmung gemacht wird.

Das Einzige, worauf sich diese beschränkte Regierungskraft ihrer absoluten Strupellosigkeit verläßt, ist Stimmungsmache. Schon in der Verfassung ist dafür Sorge getragen. In die Verfassung dieser vollendeten Demokratie wird ein Gesetz über den Ausnahmezustand aufgenommen, das alle anderen Bestimmungen wieder aufhebt und die primitivsten persönlichen Rechte militärischer Willkür bedingungslos überläßt.

Um ihre Blutschuld vergessen zu machen, verhängt sie den Ausnahmezustand und verbietet die unabhängige und kommunistische Presse auf unbestimmte Zeit, ohne Angabe von Gründen, damit die Schwindelnachrichten von den erkrankten Sicherheitswehrläutern und die anderen Spindelberichte un widersprochen ins Land hinausgehen und ihre Wirkung ausüben können. Ein Blasregen von Verboten ergießt sich über unsere Parteipresse. Schon vor der Erklärung des Ausnahmezustandes wurde dem „Ruhr-Echo“ durch mangelhafte Papierlieferung das Erscheinen unmöglich gemacht. Jetzt sind außer der „Freiheit“ noch folgende Parteizeitungen verboten:

- Die „Volksstimme“ (Dagen),
- Die „Volkszeitung“ (Langensalza),
- Der „Kämpfer“ (Stettin),
- Die „Leipziger Volkszeitung“.

Das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ ist besonders charakteristisch. In Leipzig haben unsere Genossen bisher in musterhafter Weise für die Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt, die nur durch Maerckers Einzug gefährdet wurde. Niemals hat die „Leipziger Volkszeitung“ zu Gewalttätigkeiten aufgefordert; sie hat sich im Gegenteil größte Zurückhaltung in der Form anferlegt und ihren Kampf mit unangreifbarer Sachlichkeit geführt. Der Militärbeschlüßhaber war daher auch in jeder Verlegenheit, als er für das Verbot Gründe finden sollte und mußte bis zum 16. Dezember 1919 zurückgehen, d. h. bis zu einer Zeit, wo der Belagerungszustand aufgehoben und die Presse frei war, bis er einen Ausfall (über die Klassenjustiz) fand, der seiner Meinung nach beanstandet werden könnte. Macht diese Methode Schule, so kann man allerlei erwarten!

Es liegt System in diesen Verboten. Es handelt sich dabei nicht um die Aufrechterhaltung der Ordnung und ähnlicher schöner Dinge, sondern um ein niederträchtiges Wahlmanöver.

Indem man unsere verbreitetsten Zeitungen auf unbestimmte Zeit stumm macht, hofft man dem Proletariat ungehindert das Gift des amtlichen Lügenapparats mit seiner verwirrenden und lähmenden Wirkung einspeisen zu können. Die Rechtssozialisten wissen, was sie von den kommenden Wahlen zu erwarten haben und benutzen darum den kritiklosen Volkswissenschaftler der Bourgeoisie, um durch brutale Regierungsmaßnahmen für ihre Partei zu retten, was zu retten ist.

Schon längst ist das Mandat der Nationalversammlung erloschen. Ihre Aufgabe, die Schaffung einer neuen Verfassung, ist seit dem August erledigt. Ihre Tagung seither ist durch nichts wie durch die selbstherrliche Willensklärung dieser Herren gerechtfertigt. Jetzt hat sie sich wiederum bis Ende Februar verzögert! Und dabei ist noch garnicht abzusehen, wann das neue Wahlgesetz für die kommenden Reichstagswahlen ausgearbeitet vorliegen wird! Wie schnell wurde doch vor einem Jahre die Wahl für die verfassunggebende Nationalversammlung vorbereitet! Und wie lange doktriert man jetzt an den Ausführungsbestimmungen der Wahl herum! Ein Zeichen mehr, daß diese parlamentarischen Kreise nur ihre Diäten beziehen wollen und auf die „Demokratie“ pfeifen, wenn etwa der Volkswille so aussteht, als ob er seine Verschönerung durch das Hohe Haus gründlich genug satt hätte!

Klügel in der S. P. D.

Unter diesem Titel geht der Rechtssozialist Hans Leuß in der „Welt am Montag“, eines der wenigen aufrechten Blätter rechts von der U.S.-Presse, mit seinen vernünftigen Genossen schwer ins Gericht. Er weist insbesondere nach, durch welche Schiebungen die Vertrauensvoten, die sich regelmäßig in den Funktionärsitzungen ausstellen läßt, zustande kommen:

„Gustav muß bleiben!“ rief ein biederer Funktionär in jener Versammlung, die das berühmte Vertrauensvotum „der“ Funktionäre von Groß-Berlin für Noske beschloß.

Man hörte bald, daß es sich bei der Aufmachung um einen Schwindel gehandelt hat: nicht „die“ Funktionäre von Groß-Berlin waren anwesend, sondern nicht einmal die Hälfte. Die übrigen waren nicht alle etwa nur aus eigenem Entschluß der Versammlung ferngeblieben, — sie waren (zum Teil wenigstens) nicht eingeladen!

Bald darauf erschien im „Vorwärts“ der Aufruf des Bezirksvorstandes „Groß-Berlin“ gegen die „Klode“, Noske- und Reichswehrkollaboration. Ich habe mich darüber am 1. Dezember in der „W. a. M.“ geäußert und gesagt:

„Wer ist es, der immer von neuen Organisationen der Mehrheitspartei zu solchen Zwecken mißbraucht, die Partei bloßstellt, um Noskes und Neugards willen? Diese Klode müssen endlich aufgelöst werden und aufhören!“

So weit sind wir heute, dass Herr Freiherr von Freytagh-Loringhoven in der „Schlesischen Tagespost“ die Maxime aufstellen kann:

„Es heisst die Truppe demoralisieren, wenn man ihr . . . planmässig die Ueberzeugung beibringt, dass sie die Waffen nur gebrauchen darf, wenn sie selbst bedroht ist.“

Inzwischen war ein neues Vertrauensvotum für den wieder sehr ramponierten Noske nötig geworden. Dazu mußte eine „Agitationskonferenz“ herhalten, das heißt, eine Versammlung nicht aller Funktionäre, sondern nur der Abteilungsleiter und Wahlvereinsvorsitzenden.

Jetzt erfahren wir durch den „Marxist“ (Organ der Zentralkasse für Einigung der Sozialdemokratie), wer es ist, der die Mehrheitspartei in Berlin zum Klügel degradiert: Franz Krüger, Mitglied der Nationalversammlung, Bureauchef des Reichspräsidenten Ebert, Leiter der Bezirksorganisation Groß-Berlin. Wir erfahren auch einigermaßen genau, wie er es macht.

Zur Konferenz der Funktionäre (erstes Vertrauensvotum) und zur „Agitationskonferenz“ (zweites Vertrauensvotum) wurde nur persönlich eingeladen, also nicht auf dem sonst üblichen Wege. Dabei wurde gefordert: Funktionäre, die als Gegner Noskes bekannt sind, erhielten keine Einladung. Offenbar um zu verhindern, daß sie unter der Hand erfahren, was geplant war, wurde das in der Einladung verschwiegen; als Gegenstand der Verhandlung wurde ein Referat von Dr. David angegeben. Dieser erschien gar nicht, sondern an seiner Stelle sprachen Noske und Schöpslin. Das Vertrauensvotum einer so zustandekommenen Versammlung wurde dann als einmütiges Votum der Funktionäre Groß-Berlins ausposaunt!

Ich wiederhole diese Kritik und richte an die Organisierten der Mehrheitspartei in Berlin die Frage, ob sie mit ihren Organisationen auf diese Weise Schindluder treiben, sich selbst zu Objekten eines offenbaren politischen Schwindels machen wollen, oder ob sie Manns genug sind, der Fälschung ein Ende zu machen, deren Opfer die mehrheitssozialistischen Genossen Groß-Berlins sind.

Die oben kurz dargestellten Tatsachen genügen nicht und ohne Erläuterung zwar vollkommen um meinen Appell zu begründen. Aber ich füge noch einiges hinzu, was im „Marxist“ aber die zweite, die „Agitationskonferenz“ mitgeteilt wird. Trotz der schon erwähnten Funktionäre des Reichspräsidenten Franz Krüger war auf der zweiten Konferenz ebenfalls ein starkes Oppositions-votum im Reichstag

„Vorwärts“ über die Konferenz war allerdings einiges gesagt über einen oppositionellen Versuch, aber der Bericht vorwiegend, wie diese Opposition durchgeföhrt worden ist. Sie war sehr stark, und es gab stundentange Debatten, in denen Franz Krüger alles aufbot, um wenigstens den Schein eines Vertrauensvotums der Organisationen Groß-Berlins für Noske zu retten. Nachdem schon der größte Teil der — an sich kleinen — Versammlung diese verlassen hatte, ging schließlich auch der Rest der Opposition hinaus, und eine Handvoll Getreuester nahm das Vertrauensvotum an.“

Die Wahrheit fidert.

Am Mittwoch, dem Tage, da der rechtssozialistische Reichstagsminister Bauer und der rechtssozialistische preussische Minister des Innern Heine Schlammhuden der Verleumdung über die U. S. P. D. ergossen und vom Verbrechen des Aufruhrs zur Demonstration und der Beteiligung an ihr sprachen, läßt sich der rechtssozialistische Polizeipräsident Eugen Ernst im 8 Uhr-Abendblatt wie folgt vernehmen:

— Die organisierte Arbeiterschaft, die sich gestern vor dem Reichstagsgebäude versammelt hatte, war den Meldungen zufolge, die mir vorliegen, und nach meinem persönlichen Eindruck, nicht dorthin gekommen, um irgend welche Zwischenfälle zu provozieren, sondern lediglich um in ruhiger Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz Stellung zu nehmen.

Herr Ernst spricht dann weiter von den „verbrecherischen Elementen“, die in Matrosenuniform gekleidet schließlich nach ausgiebigen Hefereien zu Gewalttätigkeiten übergegangen sein sollen und fährt fort:

— Diese Männer waren jedoch größtenteils gar keine Matrosen, sondern nur Verbrecher und lichtscheues Gesindel, die sich in Matrosenkleidung gesteckt hatten.

Uns scheint, Herr Ernst hat vergessen auf eines hinzuweisen: daß die von ihm gekennzeichneten Elemente, wie die Erfahrung des letzten Jahres gezeigt hat, sehr häufig Diäten aus irgend welchen Lockspitzelfonds zu beziehen pflegten.

Die Forderungen der Schwerindustrie.

Die Reaktionäre sind mit der Verhängung des Belagerungszustandes und den Maßnahmen, die die Regierung zur Wiederherstellung der sozialistischen Arbeiterschaft ergriffen hat, noch nicht einverstanden. Ihre Wünsche gehen weiter. Die „Post“, das Organ der Schwerindustriellen, stellte sogar bestimmte Forderungen auf. Sie verlangt von der Regierung:

1. Sofortige durchgreifende Razzia in den Parteibüros der Unabhängigen, Kommunisten und Spartakisten.
2. Verhaftung der Hauptführer und berufs-mäßigen Helfer.
3. Verhaftung der Männer, die am Dienstag vor dem Reichstag aufreizende Reden gehalten haben. Mit einigem Fleiß und Spürsinn müssen sie festzustellen sein.
4. Verhaftung der Hauptpersonen, die durch Wort, Schrift oder Druck, die Katastrophe vorbereitet und heraufbeschworen haben.

Diese Forderungen bedeuten nichts weiter als eine völlige Wehrlosmachung der Arbeiterschaft. Und das will die Schwerindustrie und ihr alldeutscher Anhang. Ihnen genügt nicht, daß Noske Versammlungen verbietet und den oppositionellen Zeitungen den Mund verschließt, sie wollen die Arbeiterbewegung überhaupt ausrotten, um ungehindert ihre politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsgelüste befriedigen zu können. Bei dem Einfluß, den die Schwerindustrie auf die Geschäfte der Regierung ausübt, zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß diese den Forderungen der Scharfmacher im weitesten Maße entgegenkommt.

Proteststreiks gegen das Berliner Blutbad.

Die Bremer Arbeiterschaft hat zum Protest gegen das Berliner Blutbad am Donnerstag nachmittag einmütig die Arbeit niedergelegt. In imposantem Demonstrationszug, an dem sich viele Tausende beteiligten, zogen die Massen durch die Stadt. Trotzdem sich ihnen die Bremer Sicherheitwehr entgegenstellte, ist die Demonstration ruhig und ohne Zwischenfall verlaufen.

Auch in Frankfurt a. M. wollte die Arbeiterschaft gegen die Verhaftung in Berlin in würdiger Weise Protest erheben. Es war eine Versammlung einberufen, aber auf Grund des Belagerungszustandes verboten worden. Das Versammlungslokal wurde umstellt und niemand durch die Stadt hindurchgelassen.

Schließlich große Massen hinter der Forderung der Sicherheit der Arbeiter, werden die Anordnungen mit Gewehrgeklatter aneinander geklopft.

Die Durchpeitschung der Betriebsrätevorlage in der Nationalversammlung.

Nachdem der Kuhhandel über das Betriebsrätegesetz in der Heimlichkeit der Ausschussberatungen abgeschlossen wurde, haben die Beteiligten und namentlich die Regierung das größte Interesse daran, die zweite und dritte Lesung im Plenum so rasch wie möglich durchzuführen, damit der Arbeiterschaft die vielen Ungeheuerlichkeiten dieses durch und durch antiproletarischen Gesetzes nicht voll zum Bewusstsein kämen.

Am Dienstag führte Genosse Dr. Geyer folgendes aus: Das Gesetz gegen die soziale Revolution, das unter dem gänzlich irreführenden Titel „Betriebsrätegesetz“ beschlossen werden soll, hat gestern seine Vorkaufe erhalten. Die Reden, die heute hier zum Betriebsrätegesetz gehalten wurden, zeigen, daß eine Regierung, die solche Reden zu erwarten hatte, allerdings Angst haben mußte vor der Stimme der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die Geschichte des vorliegenden Betriebsrätegesetzes ist die Geschichte der Revolution in Deutschland.

An der Wiege dieses Gesetzes stand jener gewaltige Arbeiteraufstand vom Frühling vorigen Jahres, zu deren Beginn sich die Regierung in der schroffsten Weise gegen das Rätesystem überhaupt ausgesprochen hat. Sie fürchtete, daß mit dem kapitalistischen System in Deutschland zugleich ihre eigene Regierungsherrschaft verschwinden würde.

Die Regierung war sich vollständig klar darüber, daß sich erbitterter Widerstand in der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen diesen Gesetzentwurf regen würde, wenn sein wahrer Charakter der Arbeiterschaft erst zum Bewusstsein gekommen wäre. Sie will deshalb die parlamentarische Behandlung des Gesetzes so einrichten, daß möglichst wenig Aufklärungsarbeit durch die Vertreter der klassenbewußten Arbeiterschaft geleistet werden könnte.

Kompromißverhandlungen hinter verschlossenen Türen verschafft und machen aus dem Vorwurf, daß wir keine Verbesserungsanträge stellen. Gegen eine solche parlamentarische Behandlung eines so schwerwiegenden Gesetzes protestieren wir.

arbeiten. Das entspricht denselben Motiven, wie seinerzeit die Sozialpolitik von Wilhelm II. Diese Sozialpolitik soll nicht die Grundlage einer künftigen sozialrevolutionären Entwicklung, sondern eines

Kampf gegen die soziale Revolution

bedeuten. Zu denselben gesetzgeberischen Maßnahmen ist es auch in anderen kapitalistischen Staaten gekommen. Herr Schiele wies nach auf ein ähnliches Gesetz in England hin und betonte den Unterschied. Allerdings, ein Unterschied besteht, und es ist der, daß in England keine Revolution war und trotzdem derartige gesetzgeberische Maßnahmen durchgeführt wurden, daß aber in Deutschland nach einem revolutionären Kampfe der Arbeiterschaft dieselben Gesetze erlassen werden. Dem englischen wie dem deutschen Gesetz liegt der

Gedanke der Arbeitsgemeinschaft

zwischen Unternehmern und Arbeitern zugrunde. Ich gratuliere den Rechtssozialisten zu dem Reifsein, den sie bis in die Kreise der Sozialnationalen für diese Arbeitsgemeinschaft, für den Gedanken des Wirtschaftsfriedens finden. Der Wirtschaftsfriede besteht darin, daß man gegenüber den Unternehmern die weitestgehende Schonung walten läßt und daß man dem Drängen der Arbeiterklasse nach Sozialisierung brutale Gewalt entgegenstellt.

Strohmann der reaktionären Elemente

in Deutschland, sie werden eines Tages von der Bilofische verschluckt, sobald sich die Kreise der Schwerindustrie stark genug dünken, ihre Machtpolitik ohne Kulissen und ohne Strohmannen brutal und nackt zu vertreten.

Meine Herren! Der Zweck dieses Gesetzes ist nicht, den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, es soll vielmehr die Produktion wieder hochbringen auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft. Schon aus der Fassung des § 1 geht klar und deutlich hervor, daß es die Aufgabe der Betriebsräte sein soll, den Unternehmern darin zu unterstützen, daß er seine kapitalistischen privatwirtschaftlichen Betrieb wieder zum Florieren bringt.

Diktatur des Proletariats

natürlich nur als die Diktatur eines Einzelnen vorstellen, weil Sie selbst so starke Gefühle nach dem starken Mann haben, weil Sie so gerne einen Helferrich oder Ludendorff als Diktator Deutschlands sehen möchten.

oberste Aufgabe wirklich revolutionärer Betriebsräte

anz, daß sie als Organe der sozialistischen Arbeiterkontrolle zu dienen haben. Das hat allerdings nichts zu tun mit der bürgerlichen Demokratie, wie Sie sie verstehen, aber es wird der wahrhaft proletarischen Demokratie den Weg eröffnen zur Abschaffung der Klassenherrschaft überhaupt und zur Verwirklichung der höchsten demokratischen Ideale.

Das Betriebsrätegesetz mit seinen 106 Paragraphen soll unter allen Umständen diese Dinge noch fertiggestellt werden. In ordnungsmäßiger parlamentarischer Beratung ist das ganz unmöglich, denn nach ungenügender Beratung die Vorlage vor, geht schon daraus hervor, daß sich zu jedem Paragraphen Überlegungsanträge von den verschiedenen Parteien gestellt werden sind.

Die gesamte Beratung wird jetzt allein von der Unabhängigen Fraktion beherrscht. Die Reichsversammlung, über deren Kompromißfähigkeit, die mich nur formale Bedeutung haben, werden nicht befragt. Es wird nur abgeklammert und der Haß erregt sich immer gegenseitig für die Vorlage und die neuen parlamentarischen Eingaben.

großen Widerspruch zu finden, erklären konnte, daß man am Vorken der Vorleser erinne. Das „Höhe Hans“ scheint nicht viel dabei zu haben, daß es als Rosenkranz charakterisiert wird.

Die Donnerstag-Verhandlungen begannen um 10 Uhr und wurden erst abends nach 11 Uhr abgebrochen. Die von der Unabhängigen Fraktion gestellten Anträge wurden von den einzelnen Rednern der Fraktion eingehend begründet. Es bedauerte Genosse Henke die Unbilligkeit, bei seiner unzureichenden Stellung zu den Gewerkschaften und Syndikaten durchzugehen. Genosse Dberholz trat für die Einbeziehung der Reichswehr-Kompagnien in das Betriebsrätegesetz ein, wobei er nicht unterließ, seine Kritik an der Reichswehr zu üben.

An alle!

Lest:
Karl Liebknecht: das Zuchthausurteil
Karl Liebknecht: Briefe aus dem Felde.
der Untersuchungshaft und dem Zuchthaus.
(Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf.
Preis je 5.- Mk.)

Verbot ist verfassungswidrig, aber es liegt in der Tendenz der ganzen Vorlage, das gesamte Rätesystem verkümmern zu lassen. Die ganze Vorlage ist ja nur auf Zerschlagung der Arbeiter berechnet. Die §§ 39 bis 44 der Vorlage behandeln das Erlöschen der Mitgliedschaft zu den Betriebsräten. Den Unternehmern soll das Recht gegeben werden, die Auflösung des Betriebsrates bei dem Schlichtungsausschuß zu beantragen.

Bei § 49 wurde Donnerstag abend die Beratung abgebrochen. Die Freitagssitzung beginnt mit der Erledigung einer großen Reihe kleiner Anträge. Wichtig darunter sind eine Reihe Fragen, die Genosse Kunnert gestellt hat. Wie davon beantwortet, daß in der nächsten Militärgeschichtsharkeit steht, wird dahin beantwortet, daß in den nächsten Tagen der Nationalversammlung eine Vorlage darüber zugeht.

Sollsthal gefangen?

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Moskau am 14. Januar gemeldet: Die Dorsater Sowjetabordnung erklärt sich bereit, die Mittellung, daß bei der Eraberung von Sitnitsch Sollsthal mit seinem ganzen Stabe in Gefangenschaft geraten sei. Auf der Sitzung des russischen Verteidigungskomitees erklärte Trotski, es sei nun der Zeitpunkt der Vorbereitung zu einem entscheidenden Angriff auf Finnland eingetreten.

Internierung der Armee Judenitsch?

Eines Moskauer Nachrichten zufolge hat General Judenitsch alle Offiziere und Mannschaften der Armee Judenitsch auf die Felder zu bringen, wo sie interniert werden sollen.

Aus der Provinz.

Schmieberg i. Hgb. Schlemmerzeit. Am 30. 12. fand hier die Hochzeit der Tochter des Kupferwerkbesizers Kirchschläger statt. Eingeladen waren 52 Personen, die 2 Zentner Mehl, die dazu nötige Butter, Zucker, 1/2 Schwein, 1/2 Kalb und 66 Eier guten Nummern verzeigten. Alle diese guten und schönen Sachen wurden aus dem benachbarten Böhmen eingeschmuggelt mit Ausnahme der bei der Hochzeit mitwirkenden 11 Musfanten, die nicht gerade geschmuggelt aber auch aus Böhmen waren. Mit dem nötigen Krach wurde nach dem solennem Essen ein öffentlicher Umzug veranstaltet. Am selben Tag scheinen die Jost so wachsam und schlauen, den Steinseiner U. S. P. -Konten überlegenen Schmieberger S. P. D. -Lebensmittelkontrolleure geschlagen zu haben. Interessant ist noch dabei, daß zu dieser Schmugglerhochzeit die Familien der Zollbeamten eingeladen wurden und auch teilgenommen haben. Auch die Herren der Polizei waren eingeladen, hatten jedoch aus strategischen Gründen abgesehen. Es stinkt noch so manches im schönen Schmieberg; auch der jeinerzeit, 2 Zentner schwer, bei demselben Fuhrwerksbesizer beschlagnahmt wurde, stinkt noch heute zum Himmel, denn derselbe — verfaule, auf daß er nicht etwa der Arbeiterchaft zugute käme. Auch der Wohnungsmangel, der hier wie anderwärts herrscht, wird durch die Maßnahmen des Mietseinsichtsamtes nicht beigelegt. Ein Herr, der sogar Mitglied der Wohnungskommission ist, verbaut 2 Wohnungen zu Klosetts und Badeeinrichtungen für seinen eigenen Bedarf und einem hiesigen Hausbesizer, dem das Dach auf seinen Kopf, beziehungsweise auf den seiner Väter zusammenzustürzen droht, wird die Bauverweigerung verweigert, obwohl er noch zwei Arbeiterwohnungen dazu bauen will. Die Schmieberger U. S. P. ist leider nicht in den städtischen Körperschaften vertreten und hat daher keinen Einfluß auf die Behebung dieser Mißstände. Drum rief ich auf ans Werk Ihr Herren von der S. P. D.! Zeigt, was Ihr Leisten könnt, beiseitigt diesen stinkenden Sumpf. Die Arbeiter Schmieberg werden Euch Dank wissen.

Locales.

Streik der Gemeindegewerkschafter?

Der Gemeindegewerkschafterverband hatte für Sonntag vorm. 9 Uhr eine Versammlung nach der Jachwunderthalle einberufen, um Stellung

zu dem Vorschlage des Magistrats über Lohnzuschläge zu nehmen. Allgemein wurde der Vorschlag des Magistrats als nicht genügend anerkannt, obwohl er am Sonntagabend gefällter Schiedspruch die Zugeständnisse des Magistrats für bindend erklärte. In einer Abstimmung ist es nicht gelungen, da ein sehr großer Teil der Arbeiter infolge Dienfts an der Versammlung nicht teilnehmen konnte. Es findet das geheime Betriebsabstimmungen statt, ob der Vorschlag des Magistrats angenommen oder abgelehnt werden soll.

Die Breslauer Eisenbahnerbewegung und ihr Ergebnis.

Nachdem bei der geheimen Abstimmung in den Betrieben eine übergröbte Mehrheit für Aufnahme der Arbeit gestimmt hat, kann behauptet werden, daß der Eisenbahnerstreik völlig zusammengebrochen ist, ohne auch nur irgend welche nennenswerte Erfolge erzielt zu haben. Denn mit der Lohnzulage von 80 Pf. pro Arbeitsstunde und Erhebung Breslans in die 2. Wirtschaftsklasse ist noch lange nicht die Hauptforderung erfüllt: nämlich die Einführung des Räteystems nach Frankfurter Richtlinien. Gewerkschaftsführer Fröhler betonte in der Versammlung, daß wegen der Einführung des Räteystems der Weg zu Verhandlungen noch offen steht. Und nur diesem und den denselben Standpunkt vertretenden Rednern haben die für den Streik eintretenden Eisenbahner es zu verdanken, daß sie so häufig mit ihrer Forderung durchgefallen sind. Denn weder Fröhler noch die anderen Redner glauben selbst daran, daß sich eine Oberische Regierung mit der Einführung des Räteystems nach Frankfurter Richtlinien einverstanden erklären wird. Denn die jetzige Regierung, Ebert, Bauer, Noske u. Gen., ist ja der größte Gegner dieses Räteystems; ja, wenn es sich um das sogenannte Betriebsrätegesetz handelte, würde die Einführung dieses Gesetzes würde Noske sogar Maschinengewehre zur Verfügung stellen. Es ist richtig, daß der Weg zu Verhandlungen über das Räteystem noch offen steht, aber die Regierung wird in diesen Verhandlungen eine Verschleppungspolitik treiben, wie nie zuvor. Es kann heute schon gesagt werden, daß die Regierung mit dieser Verschleppungspolitik einen vollen Erfolg erzielen wird. Denn die Eisenbahner werden doch wegen einer Forderung, die nicht die Besserstellung ihres Lohnes betrifft, nicht in einen Streik treten, umsonst, als der größte Teil der Eisenbahner von dem Zweck des Räteystems wenig oder gar nicht unterrichtet ist und vollständig verkennt, wie wichtig gerade diese Forderung für die arbeitende Klasse ist. Mit Recht versuchten verschiedene Redner die Wichtigkeit dieser Forderung zu erklären und bewiesen hierbei auf die Vorgänge in Berlin, wo die Arbeiter das Betriebsrätegesetz, das in sämtlichen Artikeln nur zugunsten der Arbeitgeber ausgelegt ist, da-

durch zu Fall bringen wollten, daß sie vor der Nationalversammlung in Klassen demontrieren. Wenn hierbei der militärische Vertreter der „sozialistischen“ Republik, Noske, selbst zum Menscheword greift, was die Arbeiter an der Durchführung ihrer gerechten Forderungen zu hindern, kann man daraus ersehen, wie wichtig das von der Regierung ausgearbeitete Betriebsrätegesetz für sie ist. Es ist also ersichtlich, daß die Regierung im Verhandlungswege nicht das geringste Entgegenkommen zeigen wird. Und wenn die Verhandlungen wirklich zu keinem Ergebnis kommen würden und die Eisenbahner wieder mit Streik drohten, dann kommt der Polizeipräsident Voigt schnell wieder mit einem Plakat heraus und der Streik ist schon erledigt, ehe er beschloffen ist. Die Eisenbahner hätten mit ihrem letzten Streik einen vollen Erfolg gehabt, umsonst, als die Metallarbeiter der Privatindustrie durch Gewerkschaftsführer Zimmer sich solidarisch erklärten. Glauben etwa die Eisenbahner die Verantwortung für einen Streik nicht tragen zu können? Die Verantwortung fällt auf die Ebert, Bauer, Noske. Nur sie allein sind verantwortlich für die größere Sterblichkeit unter Sänglingen und Weisen, die durch die geringere Zufuhr von Mehl und Kohle hervorgerufen wurde.

So wenig von der Regierung im Verhandlungswege etwas herauszuschlagen ist, so wenig erkennen die Eisenbahner, daß sie nur an die Seite der Privatarbeiter gehören, um mit denen gemeinschaftlich ihre Forderungen durchzusetzen und ein gleiches Risiko, wie das letzte, zu vermeiden.

Die Breslauer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland ruft im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer alle in Oberschlesien Abstimmungsberechtigten auf, angesichts der bevorstehenden Besetzung durch die Truppen der Entente, sich möglichst bald mündlich oder schriftlich bei der Geschäftsstelle, Lange Holzgasse 7/8, Ecke Albrechtstraße, zur schleunigsten Besichtigung der zur Abstimmung erforderlichen Papiere zu melden.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer, für die Anzeigen Fritz Ubrich.

Druck: Buchdruckerei Büffel & Danzel, Kömlich in Breslau.

R. P. D. (Spartakusbund) Ortsgruppe Breslau. Donnerstag, den 22. Januar, 7 Uhr abends findet in der Panke, Hubenstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Leistungen über kommunalistische Grundzüge und Taktik.“ Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Dienstag abends 6 Uhr:
Lohengrin.
Mittwoch abends 7 Uhr:
Waffenspiel Elise Catopol
Bohème.

Lobe-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: Juddith.

Thalia-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die seltsame Gezellen.

Schauspielhaus.
Opernbühne. Tel. Ring 2545
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Der verlobte Serjos.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Eine Saltnacht.

Jugend-Theater
Täglich 4 1/2 Uhr:
Max und Moritz.

Viktoria-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Geisha
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachm.-Vorstellung

Lieblich-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Hildegardie
mit neuen Tänzen
Paul Jülich
Minodes
Original Japaner-Truppe
Hans Beets
und Partner
und das große Januar-Programm.

Zeltgarten.
Täglich 7 1/2 Uhr abds.:

Der neue Riesenpielplan!
= Sonntags =
2 Vorstellungen.
Uhren

Volksgarten-Lichtspiele
48 Michaelisstr. 48.
Eine Offenbarung ersten Ranges ist der hier zum ersten Male gezeigte Film
Die Stimme des Gewissens
Die Tragödie eines verirren Lebens in fünf Abteilungen.
Dargestellt von den bedeutendsten Wiener Bühnenkünstlern, wie:
Wilhelm Kitzsch,
Liane Halat,
Max Neufeld.
Dieses wahrhaft erschütternde Schauspiel wird für den Zuschauer zu einem Erlebnis, das er nie vergessen wird.

Geheimnisse d. Grossstadt
oder:
Haus Nummer 37.
Sozial. Sittendrama nach dem preisgekrönten Roman von Karl Adolph.

Frl. Rechtsanwältin
Hervorragend. Lustspiel
Toller Humor!

Breslauer Irischer
in d. unteren Räumen des Zeltgartens
Kleintanzbühne und Saalhaus.
Täglich Spielplan.

Gold- u. Silber-
münzen, sowie Schmuckstücke
ausgel. bei Frau E. Heibing,
Dellstraße 15. II. Etg.

ZEPHER-KINO
Dienstag bis Donnerstag
Riesen-Dauerprogramm
Sherlock Holmes
G. Haus d. Grauens
n. d. Roman „Die rätselhafte Sphinx“. 350 Szenen.
Ausserdem:
Hedda Vernon
Galcotto, Kuppler
300 Szenen.
Ferner:
Singspiel-Neuerstanz-Film
Mutter
250 Szenen.

WOLFF-KINO
Westendstrasse 50/52.
Ab Dienstag, den 20. Januar:
Lotte Neumann
in dem spannenden Drama
Die Rache des Avenarius.
Veranlagt! Ab Freitag:
Malaria
oder **Urlaub vom Tode**
5 grosse Abteilungen.

Herrn-Ulster
105 ME.
Gräbichener Str. 27.
Ecke Holzstraße.

Jede Frau
den Kaufmann über seinen
neuesten & mit patentierten
idealen Frauenschutz H
30 Pf. Korbchen belegen.
Breslauer
Frau C. Heibing
Breslau 10, Kohlenstr. 13

Matthias-Kino
38 Matthiasstr. 38
Nur bis Donnerstag
Lotte Neumann
der Liebling der Männer
Bruno Kastner
der Liebling der Frauen
in
Lori u. Co.
4 Akte
Ferner
Harry Piel
in dem gross. Abenteuer-
Detektiv-Film
Sein Todfeind
5 Akte.

Achtung!
Distrikts-Versammlung
Distrikt 9 und 9a
Donnerstag,
den 22. Januar 1920
bei Scholz,
Friedrich-Wilhelm-Str. 109.

Altes Kupfer, Blei, Messing, Zinn
jetzt höchsten Preis
Otto, Kohlenstraße Nr. 8
Telefon Nr. 1908.

Achtung! Wo?
Ladung von 1. geräucherten Mägen
mit ganz herrlichen an
Käse und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge,
Neumarkt 12, nur I. Etage.

Gummwaren,
Reissenden, Monatsbinden,
Spülmittel, Essensvorsorten,
Dauertücher
H. Klose,
Breslau I, Nikolaistraße 72,
2. Hans zum Ring.

Achtung!
Billige Zigarren und Zigaretten, sowie ein detail
englische Zigaretten, nur mit original Tabak und
alle bekannten Marken. Jeder kann seinen Bedarf nur
Friedrich-Wilhelm-Strasse 18.
Zur 100. Gasse

Oberschlesier!
Angesichts der bevorstehenden Besetzung Oberschlesiens durch die Truppen der Entente ist schleunigste Besichtigung der zur Abstimmung und zur Einreise in das Abstimmungsgebiet erforderlichen Papiere notwendig.
Sendet Euch an die
Breslauer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland,
Lange Holzgasse 7/8,
Ecke Albrechtstraße,
die bereitwilligst Auskunft in allen Fragen erteilt.

Häute und Felle
jeder Art kaufen zu höchsten Tagespreisen
Gutsche & Co.
Breslau I, Ursulinerstraße 19/20
Telefon Nr. 6295. — Ecke Stadtgasse.

Elfen-Säle Friedrich-Wilhelmstrasse 32
Jeden Sonntag und Mittwoch **Tanzkränzchen**
Es ladet freundlichst ein **G. Weirauch.**

Achtung!
Distriktsräte und Bezirkskassierer
von heute nachmittag 4 Uhr ab Platate im Parteibüro erhalten.
Achtung!
Der Ortsrat.

Große öffentliche Protest-Versammlung!
Am Freitag, den 23. Januar 1920
abends 7 Uhr
im „Deutschen Kronprinzen“
Westendstrasse 50/52
Thema: „Die Wahrheit über das Betriebsrätegesetz.“
Referent: Genosse **Schottländer,**
Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.
Arbeiter, Angestellte
erscheint in Massen.
Anabhängige Sozialdemokratische Partei
Ortsrat Breslau.